

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig,
Pabst & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gehr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Fracht und Post 2,00 M. Durch
den Postbezugsdienst 2,00 M., unter Ausschluss für Deutschland
und Österreich-Ungarn 2,00 M.

Redaktion: Reichenplan 10. Tel. 25 201.
Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Reichenplan 10. Tel. 25 201.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 7spaltige Standardzeile 20 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 3spaltige Standardzeile 3 Pf. Bei mehrmaliger Auflage Rabatt.
Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an son-
ntagsdrückenden Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 262

Dresden, Mittwoch den 12. November 1919

30. Jahrg.

Siasko der Ententepolitik im Osten

Der nordwestrussische Zusammenbruch

Helsingfors, 12. November. Von der russischen Front wird gemeldet:

Der fluchtartige Rückzug der Nordwestarmee ist bisher noch nicht zum Stehen gekommen, da die Truppen des Generals Judenitsch sich auch in den vorbereiteten Aufnahmestellungen nicht zu halten vermochten. Die roten Truppen drängen unaufhaltsam nach.

Der heutige Oberbefehlshaber der Nordwestarmee gibt zu, daß die Stellungen am Finnischen Meerbusen und dem Peipussee aufgegeben werden mußten.

Aus Reval wird gemeldet, daß mit einem bolschewistischen Vornachschub bis tief in Estland hinein gerechnet wird, da die Nordarmee eine katastrophale Niederlage erlitten habe und den Bolschewisten keinen ernsthaften Widerstand mehr entgegenzusetzen vermöge.

Auch dem andern westrussischen Frontabschnitt, Vermont, geht es von Stunde zu Stunde schlechter. Deutschlands letzte Warnung an die Baltischen Lieberläufer scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Immer größer wird die Zahl derer, die sich zur Rückkehr in die Heimat entschließen. Dem so geschwächten Oberbefehlshaber des Obersten Vermonts setzen die Seiten, unterstützt von der Flotte der Alliierten, bestig zu. Ingaer Meldungen zufolge haben sie bei Pankof die Raubzüge fortgesetzt und bedrohen so Vermont-Kronlofs Stützpunkt Rian von Norden her.

Friedensangebot an Sowjetrußland?

Der Berichterstatter der Times meldet aus Helsingfors: Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht hätten, Trocki zu fragen, ob er jetzt, da die Gefahr für Petersburg vorbei sei, bereit sei, bei der Einberufung einer in voller Freiheit gewählten Nationalversammlung, die über die Regierungsform Rußlands Beschluß fassen soll, mitzumachen.

Einer Reuters-Meldung zufolge berichtet das Arbeiterblatt Daily Herald aus Warschau: Die polnische Regierung beabsichtigt, alle kriegsführenden Parteien in Rußland aufzufordern, die Feindseligkeiten am 25. d. M. einzustellen und Delegierte nach Warschau zu entsenden, die über den sofortigen allgemeinen Frieden beraten werden. Die Großmächte sind ebenfalls aufgefordert worden, Delegierte zu entsenden, um an der Konferenz teilzunehmen, die am 15. Dezember stattfinden soll.

Daß Polen kriegsunfähig sei, wußte man längst. Aber seine Abhängigkeit von der Entente zwang es immer wieder, den kriegspolitischen und doch erfolglosen Feldzug gegen Sowjetrußland fortzusetzen. Daß sich Polen nun vom Gängelbunde der Alliierten frei gemacht oder sich selber nach der verhängnisvollen Niederlage ihres Schutzhelms Judenitsch zur Einsicht gekommen, daß Trockis Rußland mit Hilfe gemieteter Waffen wohl doch nicht zu brechen sei?

Die Klage der Ukraine

Der hiesige ukrainische Gesandte Nikolai Worsch hat eine 1 1/2 stündige Unterredung mit General Kieff, dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission für das Baltikum, die seit einigen Tagen in Berlin weilte. Der ukrainische Gesandte schilderte das katastrophale Vorgehen Denitsch gegen das nationale und kulturelle Leben der Ukraine, das bereits einen gewaltigen Aufbruch heraufbeschieden gegen die russische Besatzung einleitet. Die Entscheidung sei die Folge der bolschewistischen Vorkriegspolitik, die wenig die gegen den Bolschewismus kämpfenden Völker zu berücksichtigen und tatsächlich nur einzelne großrussische Klassen und Klassen begünstigte. Die einzige Grundlage für den Frieden und Aufbau Europas könnten nur die Völker des ehemaligen Rußlands bilden, besonders die Randvölker, bilden, die allein die nötige Gewähr für eine dauernde Lösung der Ostfragen bilden. General Kieff hat um schriftliche Intervention dieser Darlegungen zwecks Weiterleitung an seine Regierung, was inzwischen erfolgt ist.

Streik-Ende in Berlin

Die Verhandlung der Berliner Metallarbeiter gibt Auskunft: Die in den Betrieben vorgeworbenen Urabstimmungen haben ergeben, daß die parlamentarische Voraussetzung für die Weiterführung des Streiks nicht mehr gegeben ist. Durch die Abstimmung ist die Wiederannahme der Arbeit beschlossen worden. Entsprechend dieser Abstimmung hat die Prüfungskommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt. Das genaue Datum wird über die Abstimmung nicht bekannt gegeben. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Arbeiter Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen.

Zu der Behauptung, daß von beiden Seiten Maßnahmen beachtet und vollzogen seien, erklären die Vertreter Metallbetriebe, daß Maßnahmen betreffender Natur nicht geplant sind, daß aber nicht alle Werke plötzlich voll in

Betrieb gesetzt werden und die Einstellungen nur nach Bedarf erfolgen können. Bis Dienstag abend war bereits in 25 Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Die Lohnbewegung in der Chemischen Metallindustrie ist ebenfalls beendet. Bei den Verhandlungen am Montag wurde von den Parteien endgültig der neue Tarif vorgelegt. So wird unter anderem für den Chemiker Bezirk durchschnittlich für einzelne Arbeitergruppen die Arbeit wieder eingestellt. Die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben erfolgt heute. Den Forderungen der Arbeiter, daß die Ausgesperrten, Streikenden und bereits entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden, wurde von den Unternehmern entsprochen.

Der Angelegenheitenstreik in der Mannheimer Metallindustrie dauert weiter an. Die Verhandlungen, die am Sonntag unter Vorsitz des Arbeitsministers begannen, haben bisher zu keinem Resultat geführt. — Inzwischen sind auch die Angelegenheiten der Mannheimer Expeditions- und Schiffahrtsgeschäfte wegen Gehaltsforderungen in den Rußland getreten.

Die Stimmung in Oberschlesien

Wie aus Oberschlesien berichtet wird, ist von einer Streikflut dortselbst nirgends, auch nicht auf den Elektrizitätswerken die Rede. Unter den Arbeitern herrscht feierliche Stimmungslosigkeit. Der Tarif ist zum 1. Januar nur aus dem Grunde gestrichelt worden, um gleichmäßige Löhne auf gewerkschaftlicher Basis herbeizuführen.

Trog alledem!

Krankfurt, 12. November. Die Heidelberger Vereinigung einer Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts, der Prentano, Graf Montgelas, Walter Schickel und Konrad Hausmann angehörend, erklärt einen Aufbruch gegen die Verteilung Deutschlands an der Blockade Rußlands. Deutschland habe selber vier Jahre unter der Blockade gelitten. In dem Infuzul, den als erster Prinz Max von Baden unterzeichnet, heißt es, daß die Verbandsregierungen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland androhen werden, wenn man ihnen bei ihrer russischen Politik nicht zu Willen seien. Trotzdem müßten wir den Weg der Weigerung gehen. Es gebe eine Grenze für das, was die Regierungen, die den Versailles Vertrag gemacht haben und in seinem Geiste heute noch dem größten Teile Europas den Friedenszustand vorkerkeln, vor der öffentlichen Meinung ihrer Länder rechtfertigen können.

Die Ostseesperre

Berlin, 11. November. Zur Bekämpfung der Ostseesperre über die die Ostseesperre wird amtlich ergänzend gemeldet: Die Ostseesperre besteht noch fort, so daß sich alle deutschen Schiffe, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, der Fortnahme durch verbündete Seestreitkräfte aussetzen. Nur diejenigen Leichter, welche bereits vor dem 10. Oktober im Besitz von generellen Fahrtaufweisen waren, dürfen ohne ausdrückliche Fahrtaufweis der verbündeten Marineoffizierskommission für jede einzelne Reise außerhalb der Dreimeilenzone zwischen deutschen Häfen verkehren.

Brüssel, 12. November. Das belgische Marineamt hat bei dem interalliierten Rat durchgesetzt, daß die Blockade der Ostseehäfen, soweit Schiffe, die Holz nach Belgien bringen, in Betracht kommen, rückgängig gemacht wird.

Freiheit unsern Gefangenen!

Berlin, 12. November. Protag dem schlechten Wetter hatten sich gestern abend in den Sälen der Berliner Börse mehr als zehntausend Personen eingefunden, um sich zu einer nachvollenden Kundgebung gegen die Zurückhaltung der Kriegesgefangenen in Frankreich zu vereinigen. In zwei Sälen sprachen ehemalige Kriegsgefangene. Der Stadtdirektor Varianto, der in russischer Kriegsgefangenschaft gelebt hat, und Rittmeister Freiberger, der im vorigen Jahr aus der französischen Gefangenschaft entlassen wurde, wiesen auf die unsäglichen Leiden hin, denen unsere Kriegsgefangenen jetzt, ein Jahr nach Abbruch des Waffenstillstandes in den feindlichen Lagern noch immer ausgesetzt sind. Beide Redner forderten vom deutschen Volke, daß es sich ohne Unterschied der Parteirichtung und des Standes in der Kriegsgefangenenfrage zu sammenfände. In diesem Sinne wurde ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung beschlossen, die sich am Sonntag zu tausenden der Kriegsgefangenen in dreißig Massenversammlungen zusammenfinden soll.

Koalitionsfreiheit und Koalitionsverbrechen

Von Adolf Domniau

Die Technische Rothhilfe ist ein Kind der Revolution. Sie wäre im Frieden nicht denkbar gewesen. Aber der erbitterte Kampf, der in den Städten, wo sie besteht, gegen diese Rothhilfe geführt wird, ist ungerecht, unweh und unsozialistisch. In einer Berliner Versammlung der Arbeiter und Sozialisten wurde weidlich auf die Technische Rothhilfe geschimpft und schließlich ein Beschluß gefaßt, in dem u. a. nachstehende Sätze zu lesen waren: „Die Schaffung der Technischen Rothhilfe bildet daher einen Eingriff in die verfassungsmäßig jedem Bürger gewährleisteten Rechte, insbesondere des Koalitionsrechts.“

Das ist nicht richtig. Sozialismus bedeutet die Interessen der Gesamtheit über die Interessen der Minderheit oder des einzelnen stellen. Das Gemeinwohl der Bevölkerung muß ausschlaggebend sein. Die Elektrizitätswerke, die Wasserwerke wurden gebaut, weil sie ein Bedürfnis der Gesamtheit waren. Die Eisenbahnen wurden geschaffen, weil mehr als 60 Millionen Deutsche sie brauchen. Die an sich große Zahl der Eisenbahnarbeiter und Beamten sind doch gegenüber der deutschen Gesamtbevölkerung ein winziges Häuflein. Genau so steht es mit allen den andern lebenswichtigen Betrieben.

Nun liegt die Verbesserung der Lebenshaltung der Angestellten und Arbeiter dieser Betriebe durchaus auch im Interesse der Gesamtheit, aber sie darf nicht auf Kosten der Gesamtheit geschehen. Wenn, wie bei dem Verkehrsstreik im Frühjahr dieses Jahres, in Berlin eine schwerwiegende Millionenbevölkerung wochenlang wohnsinnige Preise für das zweifelhafte Beförderungsmittel zahlen mußte, wenn sie unendlich viel an Arbeitszeit veräußern und damit die an sich schon trostlose Lebenshaltung der Familien schädigen mußte, wenn Kranke und Kriegsbeschädigte gramlos unter der Verkehrsnot, so hat ein solches Streiken einer kleinen Arbeiter- oder Beamtengruppe aber auch rein gar nichts mit Sozialismus zu tun. Das ist Ausbeutung der Gesamtheit zugunsten einer verschwindend kleinen Minderheit. Ein solches Vorgehen steht dem kapitalistischen Eigentum unendlich viel näher als dem sozialistischen Gemeinwohl.

Sollen wir aber die Lebenshaltung dieser Beamten und Arbeiterkategorien unberücksichtigt lassen? Durchaus nicht. Wenn die Gesamtheit sich jeder Verbesserungsbestrebung widersetzt, wenn jede friedliche Verständigung zurückgewiesen wird, dann würde auch für die in den lebenswichtigen Betrieben Beschäftigten das letzte Mittel anzuwenden gerechtfertigt sein. Wie sind denn aber die heutigen Streiks organisiert? Nicht nur, daß in vielen Fällen erst in den Streik eingetreten wurde, und dann erst in die Beratung darüber, welche Forderungen aufgestellt werden sollen, es wird leider in den seltensten Fällen unter der Führung der gewerkschaftlichen Repräsentanten der Versuch gemacht, auf friedlichem Wege Erfolge zu erzielen. Ja, bei diesen radikalen, unerfahrenen Versuchen, die nur den Wunsch haben, ihren politischen Anspruch zu erfüllen, gilt häufig ein solcher Verhandlungsversuch an sich schon als Verrat.

Ohne Kenntnis der gewerkschaftlichen Theorie, ohne gewerkschaftliche Praxis, ohne Rücksicht auf Beschäftigten, auf den Arbeitsmarkt, nur mit dem Auftrag der politischen Partei, möglichst oft und gründlich zu streiken, wird der Kampf unternommen. Erst dann, wenn an dem so jämmerlich eingeleiteten Kampf Hoffen und Wals verloren ist, besinnen sich diese Führer auf gewerkschaftliche Kampfmittel, von denen sie früher mal etwas gehört haben. Dann appellieren sie an die Solidarität aller Arbeiter, dann sollen die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe helfen, die gemachten Fehler wieder gutzumachen. So wird unter der Führung dieser Unfähigen aus jedem kleinen Konflikt ein Kampf, der das ganze Wirtschaftsgetriebe lahmlegt.

Dabei schreibt selbst die Freiheit in einem Artikel gegen die Kommunisten vom 31. Dezember 1918, daß die Arbeiter gar nicht notwendig hätten zu streiken, weil sie nach der Revolution genügend Mittel hätten, auf friedlichem Wege ihre Wünsche durchzusetzen. Seitdem sind die Rechte der Gewerkschaften noch ausgebaut worden. Wir haben öffentliche und Reichsbeschäftigungstellen, in letztem haben wir ein Koalitionsrecht, das den Arbeitern weitgehende Rechte bringt. Aber die Vertreter der „Streikrechte unter allen Umständen“ wollen in mit den Gewerkschaften gar nichts zu tun haben. Sie wollen den politischen Konflikt. Sie wollen die Sabotage des Wirtschaftslebens, den Zusammenbruch zum Aufbau ihrer Autokratie.

Tarun ihre Aut gegen die Technische Rothhilfe, die genau so groß ist wie die gegen die Technische Rothhilfe. Wie aus die Reichswehr aufzusammeln wurde durch das unfinnige Verhalten der Kommunisten, so ist auch die Technische Rothhilfe erst entstanden, weil uneholte oder politisch verirrte Gewerkschaftsführer aus dem Koalitions-